

278/AB XXI.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Bauer und Kollegen haben am 26. Jänner 2000 unter der Nr. 265/J an meinen Amtsvorgänger eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Go on!“ - Internet - Initiative des Bundeskanzlers gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Dazu wird mir folgendes mitgeteilt:

Am 31. Mai 1999 wurde die Ausschreibung eines Projektmanagers eingeleitet. Im Vergabeverfahren haben 3 Firmen Angebote gelegt, wobei die Firma Temmel & Seywald Communications GmbH. als Bestbieter hervorgegangen ist.

Laut Zeitplan waren mehrere Präsentationen vorgesehen, die sich über den Zeitraum Juli bis November 1999 erstreckten. Die erste Präsentation erfolgte in Form eines Internet - Gipfels am 14. Juli 1999, die letzte durch die Veranstaltung „Go On! Live am Wiener Heldenplatz“ am 13. November 1999.

Zu Frage 2:

Der Bund hat zu dieser Initiative das Werkentgelt für den Projektmanager in der Höhe von 1,5 Millionen Schilling zuzüglich 20 % Umsatzsteuer beigetragen.

Zu Frage 3:

Insgesamt wurden von privaten Unternehmungen Sponsorgelder in der Höhe von 23,8 Millionen Schilling exklusive 20 % Umsatzsteuer bis einschließlich Dezember 1999 geleistet.

Zu Frage 4:

Rechtsträger der Initiative war die Firma Temmel & Seywald Communications GmbH.

Zu Frage 5:

Welche Firmen die SPÖ im Wahlkampf engagiert hat, ist mir nicht bekannt. Ich ersuche daher um Verständnis, daß ich diese Frage nicht beantworten kann.

Zu Frage 6:

Die Firma Temmel & Seywald Communications GmbH. hatte die Sponsorgelder zu verwalten. Dem Bundeskanzleramt mußte hierüber eine genaue Abrechnung vorgelegt werden. Weiters wurde vertraglich vereinbart, daß ein vom Bundeskanzleramt beauftragter Wirtschaftstreuhänder und auch der Rechnungshof Einschau in die Abrechnung des Projektes nehmen können.

Zu Frage 7:

Die Auswahl der Firmen erfolgte durch die Firma Temmel & Seywald Communications GmbH. eigenverantwortlich.

Zu Frage 8:

Am 13. November 1999 hat von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr am Wiener Heldenplatz ein Publikumsevent stattgefunden, an dem Bundeskanzler Mag. KLIMA teilgenommen hat. Laut Abrechnung betragen die Gesamtkosten 6,6 Millionen Schilling exklusive 20 % Umsatzsteuer, davon fielen 1,6 Millionen Schilling exklusive Umsatzsteuer auf Werbung und Information. Diese Kosten wurden aus den Sponsorgeldern getragen.

Zu Frage 9:

Insgesamt wurden 100.000 Stück des Internetbuches aufgelegt. Diese kosteten 1,1 Millionen Schilling exklusive 20 % Umsatzsteuer.

Zu Frage 10:

Im Rahmen des Steuerreformgesetzes 2000 wurde durch eine Änderung der Lohnsteuerrichtlinie von 1999 die Absetzbarkeit für EDV - Ausbildung als Ausbildungskosten ermöglicht.

Gemäß Punkt 1.1 des Durchführungserlasses des Bundesministeriums für Finanzen vom 14. Dezember 1999 (Zl. 070101/41 - IV/7/99) zur Änderung der Lohnsteuerrichtlinie 1999 aufgrund des Steuerreformgesetzes 2000 ist bei Bildungsmaßnahmen zum Erwerb grundsätzlicher kaufmännischer oder bürotechnischer Kenntnisse, wie z.B. Einstiegskurse für EDV, stets von einem Zusammenhang mit der jeweils ausgeübten Tätigkeit auszugehen. Da derartige

Kenntnisse von genereller Bedeutung für alle Berufsgruppen sind, entfällt die Prüfung durch die Finanzbehörde, ob eine konkrete Veranlassung durch den ausgeübten Beruf erfolgt.

Zu Frage 11:

Das neue Steuerreformgesetz sieht mit Wirksamkeit ab der Veranlagung 2000 die Möglichkeit eines Bildungsfreibetrages als fiktive Betriebsausgabe vor, deren Inanspruchnahme dem Arbeitgeber freisteht. Der Bildungsfreibetrag beträgt höchstens 9% der vom Steuerpflichtigen selbst getragenen und von Bildungseinrichtungen in Rechnung gestellten Bildungsaufwendungen. Die Bildungsaufwendungen des Arbeitgebers müssen unmittelbar Aus- oder Fortbildungsmaßnahmen für Arbeitnehmer betreffen und im betrieblichen Interesse getätigt werden. Der Bildungsfreibetrag kann von allen Unternehmen geltend gemacht werden und ist nicht auf KMUs beschränkt.

Zu Frage 12:

Die Internet - Initiative konzentrierte sich mittels Veranstaltungen und Kursen auf die Zielgruppe der ErsteinsteigerInnen.

Des Weiteren wurden bisher 950 TrainerInnen zertifiziert, die Teile des europäischen Computerführerscheins absolvierten. Überdies haben verschiedene Ressorts entsprechend ihrer Zuständigkeit Maßnahmen gesetzt, um auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu reagieren und die Chancen der ArbeitnehmerInnen zu verbessern.

Zu Frage 13:

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den elektronischen Zugang zur Verwaltung sowie die Abwicklung von Verwaltungswegen schrittweise bis zum Jahr 2005 zu verwirklichen.

Mit der Schaffung des virtuellen Amtshelfers im Internet auf der Homepage „help.gv.at“ wurde bereits ein erster Schritt in diese Richtung gesetzt.

Weiters wurden Informationsdienste - wie das Rechtsinformationssystem - eingerichtet, die interessierten BenutzerInnen den kostenlosen Abruf einer Vielzahl von Daten ermöglichen.

Aber auch Behördenwege können durch die Nutzung des Internets erleichtert werden. So stehen bereits das Firmenbuch, die Grundstücksdatenbank und die Ediktsdatei virtuell im Netz erfolgreich im Einsatz.

Durch das neue Signaturgesetz wurden die Voraussetzungen geschaffen, in Zukunft verstärkt transaktionsorientierte Dienste seitens der öffentlichen Verwaltung zu planen und umzusetzen.

Zu Frage 14:

Die Initiative „Go On! Österreich ins Internet“ wurde mittels Plakaten flächen - deckend in ganz Österreich beworben.

Zu Frage 15:

In den nächsten Jahren wird es aufgrund des Wachstums des Informations - und Kommunikationssektors zu einem großen Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften kommen.

Alle Entscheidungsträger im Bildungs - und Ausbildungsbereich werden neue Maßstäbe bei der Schul - und Weiterbildung setzen müssen. Seitens der zuständigen Ressorts werden bereits seit geraumer Zeit Anstrengungen unternommen, Lehrinhalte, Ausbildungswege und -strukturen den neuen Anforderungen anzupassen. Bereits jetzt verfügen alle allgemeinbildenden höheren, technisch - gewerblichen, kaufmännischen, wirtschafts - und sozialkundlichen, land - und forstwirtschaftlichen und lehrerbildenden Schulen sowie die Akademien über zumindest einen Internetzugang.

Die Jugend soll durch eine „Computermilliarde“ die Voraussetzungen erhalten, ihre späteren Arbeitsmarktchancen zu verbessern.

Des weiteren haben wir uns das Ziel gesetzt, jede Österreicherin und jeden Österreicher mit einer eigenen e-mail Adresse und elektronischen Signatur auszustatten.

Dank der Liberalisierung des Telekommunikationssektors und eines funktionierenden Wettbewerbs ist auch mit einer weiteren Senkung der Zugangskosten zu rechnen.

Zu Frage 16:

Die oben angesprochene Liberalisierung des Telekommunikationssektors hat zu einem verstärkten Wettbewerb geführt, von dem zusehends die KonsumentInnen profitieren. Dies gilt nicht nur für die herkömmlichen Telekommunikationsdienste, sondern auch für die neuen Formen der Kommunikation wie z.B. das Internet. Bereits jetzt schon bieten Unternehmen den kostenlosen Zugang zum Internet an. Der zunehmende Wettbewerb unterstützt überdies den Trend zu sinkenden Telefonkosten. Die Bundesregierung hat es sich zum Ziel

gemacht, allen BürgerInnen den Zugang zum Internet zu ermöglichen, um eine soziale Ausgrenzung zu verhindern.

Zu Frage 17:

Seitens des Bundes wurden ausschließlich die Kosten des Projektmanagers im Rahmen eines Werkvertrages finanziert und zwar in der Höhe von 1,5 Millionen Schilling exklusive 20 % Umsatzsteuer.

Zu Frage 18:

Durch die Sponsorgelder wurde das Ausbildungssystem für das Internet und die Information über die Möglichkeiten des Internet finanziert.

Zu Frage 19:

Ziel der Aktion war es, die Internetkompetenz und - nutzungsintensität zu erhöhen und somit auch die Wirtschaft zu fördern.

Zu den Fragen 20 und 21:

Als Generalsponsor der Initiative „Go On!“ stand es der Bank Austria frei, ein eigenes Paketangebot für den Erwerb der notwendigen Hard - und Software und begleitender Dienstleistungen für die Kunden zu schnüren und anzubieten. Damit war die Bank Austria als Generalsponsor berechtigt, das „Go On!“ - Logo für eigene Werbezwecke zu verwenden.

Die Pakete wurden vor Zulassung im Auftrag des Bundeskanzleramtes vom Verein für Konsumenteninformation einer Kosten - Nutzen - Analyse zu Marktpreisen unterzogen. Dabei wurde hoher Wert darauf gelegt, daß die „All

Inclusive Pakete", die für ErsteinsteigerInnen ohne Computerkenntnisse und Internet - Erfahrung gedacht waren, für diese als Einstiegshilfe dienen und außer den Hard - und Softwarekomponenten begleitende Servicedienstleistungen zur Hilfestellung der BenutzerInnen enthalten.